



# N i e d e r s c h r i f t

über die 10. öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses - Bereich  
Finanzen - in der Wahlperiode 2023/2027 am 25.09.2025

---

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 16:47 Uhr

## Teilnehmende:

### Bürgermeister

Herr Bürgermeister Neuhoff

### Vorsitzende

Frau Stadträtin Eulig

### SPD - Fraktion

Frau Stadtverordnete Böttger-Türk

Herr Stadtverordneter Caloglu

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Herr Stadtverordneter Viebrok

ab 16:01 Uhr bei TOP 1

### CDU - Fraktion

Herr Stadtverordneter Ventzke

Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB

Frau Stadtverordnete Milch

bis 17:36 Uhr einschließlich TOP 8

### FDP - Fraktion

Herr Stadtverordneter Miholic

### Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Kaminiarz

### BD - Fraktion

Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB

### Fraktion DIE MÖWEN

Herr Stadtverordneter Secci

### AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Koch

### Einzelstadtverordnete

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld

### Schriftführung

Frau Mangels

### **Weitere Teilnehmende:**

|                                                     |                                         |
|-----------------------------------------------------|-----------------------------------------|
| Stadtkämmerei:                                      | Herr Emmerlich, Herr Küver, Herr Khalaf |
| Referat für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft: | Frau Klinger, Herr Beckmann             |
| Gesamtpersonalrat:                                  | Herr Kieck                              |
| Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:          | Herr Schildt                            |
| Gesamtschwerbehindertenvertretung:                  | Herr Thomas                             |
| Migrationsrat:                                      | Herr Ionescu                            |

Herr Bürgermeister Neuhoﬀ begrüßt auch im Namen von Frau Stadträtin Eulig die Sitzungsteilnehmenden und teilt mit, dass sich für diese Sitzung Herr Oberbürgermeister Grantz, Herr Allers, der durch Herrn Viebrok vertreten wird, sowie Herr Freemann, der durch Herrn Miholic vertreten wird, entschuldigen lassen. Im gleichen Zuge gibt Ausschussvorsitzender Herr Neuhoﬀ bekannt, dass sich die WfB-Fraktion aufgelöst hat und dadurch kein Mitglied in den Ausschuss nachrückt.

Anschließend stellt Ausschussvorsitzender Herr Neuhoﬀ die form- und fristgerechte Einladung der Ausschussmitglieder fest. Nach Abfrage, ob Widersprüche gegen die versandte Tagesordnung erhoben werden beziehungsweise ob es dazu Änderungswünsche gibt, legt Herr Neuhoﬀ die Tagesordnung gemäß Einladung fest.

## **1. Einwohnerfragestunde**

Herr Bürgermeister Neuhoﬀ teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass Herr Hero Lang, wohnhaft in der Dieselstraße 17, 27574 Bremerhaven, eine Einwohnerfrage eingereicht hat, die dieser mündlich vor dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss verliest:

„Wieso wurde der Haushalt für 2025 so aufgestellt, dass er absichtlich nicht genehmigungsfähig ist? Warum wurden die jetzt notwendigen, unvermeidlichen Einsparungen nicht rechtzeitig in Angriff genommen? Warum ist entschieden worden, die Öffentlichkeit über die Finanz-Entwicklung nicht zeitnah zu informieren?“

Daraufhin antwortet Herr Bürgermeister Neuhoﬀ wie folgt:

Der Haushalt 2025 wurde bewusst so aufgestellt, dass die Forderungen aus dem unterschiedlichen Steuerkraftaufkommen zwischen den Stadtgemeinden in Bremen und Bremerhaven zu 100 Prozent akzeptiert werden und der Erstattungsbetrag aus den Erträgen des bremischen Überseehafengebietes der Stadt Bremerhaven, entsprechend den gestiegenen Erträgen als Einnahmeerwartung in der Höhe angepasst werden. Auf das Risiko einer eventuellen Nichtgenehmigung wurde zuletzt bei der Eindringung des Haushalts in der Stadtverordnetenversammlung im Juni hingewiesen. Ein ausgeglichener Haushalt für 2025 kann zum jetzigen Zeitpunkt trotz haushaltsbewirtschaftenden Maßnahmen nicht erreicht werden. Gemäß Landesverfassung hat das Land Bremen für eine auskömmliche Finanzausstattung zu sorgen. Zu keinem Zeitpunkt ist die Begründung für eine bessere Finanzausstattung analog zu den vorgetragenen Positionen des Magistrats zurückgewiesen worden. Einsparungen einer Größenordnung des Fehlbetrages von insgesamt 70 Millionen Euro können im Haushalt der Stadt Bremerhaven nicht eingespart werden. Hierzu bedarf es strukturelle Veränderungen, die sich erst im Laufe der nächsten Jahre auswirken. Diese Thematik, wie sie in der Frage in einen Satz aufgeworfen wird, die lässt sich mit einem Satz erklären. Einsparungen einer Größenordnung von 70 Millionen Euro bedeuten die soziale Spaltung dieser Stadt. Bei der Erstellung der Unterlagen für den Haushalt 2025 wurde

darauf hingewiesen, dass 20 Millionen strukturelle Einsparungen erwirtschaftet werden sollen, was auch erreicht wird. Aber durch die Einnahmeposition wurde ebenfalls deutlich gemacht, dass nach wie vor eine Erhöhung der Finanzbeziehungen einfordert wird, die Bremerhaven zusteht. Der Senat hat darüber entschieden, dass der Haushaltsentwurf 2025 für die Genehmigung nicht haushaltskonform eingereicht wurde. Das heißt, dass die Einnahmen mit den Ausgaben nicht deckungsgleich sind. In weiteren Gesprächen wurde aber festgestellt haben, dass für 2025 eine Genehmigung erwartet werden kann, auch wenn der Haushalt eine Unterdeckung aufweist.

Und die zweite Frage, die sich anschließt, warum entschieden worden ist, die Öffentlichkeit über die Finanzentwicklung, nicht zeitnah zu informieren: Die Öffentlichkeit muss nicht über jeden einzelnen Schritt informiert werden. Die Sitzungen des Finanzausschusses sind öffentlich. Durch die Pressestelle und deren Zusammenarbeit mit den hiesigen Medien ist die Öffentlichkeit entsprechend und nach Ansicht des Kämmerers informiert.

**2. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen + P: Einführung einer Verpackungssteuer nach dem Vorbild Tübingens 23/2025**

Einleitend informiert Herr Bürgermeister Neuhoﬀ über den Stand der Verpackungssteuer, die als Landesgesetz verabschiedet werden soll und auch für Bremerhaven gelten würde. Die Ressorts Finanzen und Umwelt in Bremen arbeiten zusammen, um rechtliche Sicherheit zu gewährleisten. Daraufhin begründet Herr Stadtverordneter Kaminiarz sein Festhalten an dem Antrag zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer in Bremerhaven nach dem Vorbild Tübingens. Die positiven Eﬀekte der Steuer, wie die Reduzierung von Einwegverpackungen, die Förderung von Mehrwegsystemen, die Verringerung des Vermüllens und der Umweltschutz werden von ihm hervorgehoben. Seine Kritik ist, dass die Einnahmen einer Landesverpackungssteuer der Landeskasse zuﬂießen würden, anstatt der Stadtkasse von Bremerhaven zugutekommen. Herr Kaminiarz betont, dass eine kommunale Verpackungssteuer rechtlich möglich und sinnvoll sei, wobei von ihm auf die positiven Erfahrungen aus Tübingen verwiesen wird.

Ausschussvorsitzender Herr Neuhoﬀ bedankt sich beim Stadtverordneten Herrn Kaminiarz für die Begründung des Antrags und stellt aber fest, dass die Senator:innen für Finanzen und Umwelt, anders als die Bremerhavener Fraktion um Herrn Kaminiarz keine kommunale Gesetzgebung vorantreiben, sondern an einer Landesgesetzgebung festhalten.

Als nächstes äußert Herr Stadtverordneter Miholic Bedenken hinsichtlich der Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer in Bremerhaven, in Hinsicht darauf, ob die Stadt für die Bearbeitung der Steuererklärungen verantwortlich wäre und ob dies zu einem personellen Mehraufwand führen könnte. Seine Sorge ist, dass die finanziellen Auswirkungen für die Stadt möglicherweise negativ sein könnten, bevor Einnahmen generiert werden.

Dem entgegnet Herr Kaminiarz, dass die Verpackungssteuer primär eine Lenkungssteuer sei, die ein bestimmtes Verhalten in der Bevölkerung und Wirtschaft fördern solle. Die Bearbeitung der Steuererklärungen verursacht Kosten, jedoch können die Einnahmen die Kosten übersteigen, wie die Erfahrungen aus Tübingen zeigen. Stadtverordneter Herr Kaminiarz bleibt bei seiner Position, dass die Einführung der Steuer sinnvoll sei.

Danach schließt Herr Bürgermeister Neuhoﬀ die Diskussion ab, indem er darauf hinweist, dass die Verwaltung die Landesgesetzgebung abwarten und prüfen wird, ob Anpassungen für Bremerhaven notwendig sind. Bei einer Stimme des Stadtverordneten Herrn Kaminiarz wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

### **3. Verschiedenes**

Ausschussvorsitzender Herr Neuhoﬀ eröffnet den Punkt „3 Verschiedenes“ und erteilt Herrn Stadtverordneter Kaminiarz das Wort. Herr Kaminiarz fragt nach dem Verlauf der finanziellen Entwicklung der Stadt Bremerhaven im laufenden Kalenderjahr.

Dazu berichtet Herr Neuhoﬀ, dass es aufgrund der Genehmigungsversagung für den Haushalt durch den Senat und die daraus erforderlichen Nachbesserungen ein vertrauliches Gespräch mit Bremens Bürgermeister und anderen Verantwortlichen gab. Herr Bürgermeister Neuhoﬀ kündigt die erneute Beratung und Beschlussfassung für den 30. Oktober 2025 an und prognostiziert ein strukturelles Defizit nach derzeitigem Stand von ca. 70 Millionen Euro. Dort ist laut Herrn Neuhoﬀ das vom Senat geforderte Haushalts- und Sanierungskonzept mit strukturellen Veränderungen und Kostenminimierungen vorzulegen, jedoch ohne soziale Spaltungen verursachende Einsparungen. Weiter informiert Herr Neuhoﬀ darüber, dass die Verwaltung an einem Konsolidierungskonzept arbeitet, das langfristige Einsparungen ermöglichen soll, die Liquidität der Stadt durch vorgezogene Finanzzuweisungen gesichert ist und weitere Maßnahmen in den nächsten Wochen besprochen werden.

Daraufhin erwidert Stadtverordneter Herr Kaminiarz, dass seine Frage war, wie sich die Ist-Zahlen im Vergleich zu den Planzahlen entwickelt haben, insbesondere bei Sozialausgaben und Steuereinnahmen sowie erkundigt sich nach den Ursachen für den Liquiditätsengpass. Herr Bürgermeister Neuhoﬀ erklärt, dass die Entwicklung der Ist-Zahlen den Prognosen entspricht, es aber unterschiedliche Auffassungen zwischen Bremerhaven und Bremen über die Ausgleichsfristen für das Defizit gibt. Außerdem gibt Herr Neuhoﬀ an, dass die verspäteten Zahlungseingänge und die Unterstützung kommunaler Gesellschaften den Handlungsspielraum eingeschränkt haben wie auch, dass eine detaillierte Analyse der Ist-Zahlen erst nach Abschluss des Haushaltsjahres möglich ist.

Als Letztes fragt Herr Stadtverordneter Kaminiarz nach, ob die Politik Vorgaben für die Haushaltskonsolidierung gemacht hat oder ob die Verwaltung eigenhändig daran arbeitet. Hierauf antwortet Ausschussvorsitzender Herr Neuhoﬀ, dass die Verwaltung ein Konsolidierungskonzept erarbeitet, das langfristige Einsparungen durch strukturelle Veränderungen ermöglichen soll, wozu die Politik bisher keine konkreten Vorgaben gemacht hat. Wie im Vorfeld der ersten Beratung, als die Gremien die Vorschläge der Verwaltung akzeptiert haben wird gemäß Herrn Neuhoﬀ die Verwaltung zu der vom Senat insbesondere geforderten Personalkostenreduzierung ein abgestimmtes Papier erstellen, das anschließend politisch beraten wird. Stadtverordneter Herr Kaminiarz lobt die obgleich systematisch nicht vorgesehene Eigeninitiative der Verwaltung, stattdessen sollten solche grundlegenden Entscheidungen seiner Ansicht nach eigentlich von der Politik vorgegeben werden. Herr Stadtverordneter Raschen sagt aus, dass die Haushaltsplanung bis 2024 mit Unterstützung der Verwaltung von der Politik selbst durchgeführt wurde, was jedoch 2025 nicht mehr möglich war, wo die Verantwortung zurückgegeben und die Kämmerei sowie die Verwaltung eingebunden wurden.

Darüber hinaus fragt Herr Kaminiarz nach, ob in dem Spitzengespräch und wenn ja, welche Bremerhavener Haltung zur Einführung der Gemeindefinanzordnung formuliert wurde, da die Trennung der Landes- und kommunalen Ebene in Bremen die einzige

Möglichkeit ist, damit sich nicht eine Person selbst zu kontrollieren hat. Herr Bürgermeister Neuhoﬀ äußert, dass Bremerhaven erstmals durch das Genehmigungsschreiben für den Haushalt 2024 mit Absicht zur Erstellung Gemeindefinanzordnung konfrontiert wurde. Im Genehmigungsschreiben für den Haushalt 2025 wurde die Absicht zur Erstellung einer Gemeindefinanzordnung erwähnt. Wenngleich die Idee, einen geregelten Rahmen für die Spielräume beider Stadtgemeinden zu schaffen, Herrn Neuhoﬀ zufolge begrüßt wird, so ist der vorgelegte Entwurf lediglich aus kopierten Passagen der Landeshaushaltsordnung und der Stadtverfassung bestehend qualitativ unzureichend, weshalb eine mithilfe der Beteiligung Bremerhavens angemessenere Lösung zu finden ist.

In diesem Zusammenhang stellt Stadtverordneter Herr Raschen das Recht auf gleiche Lebensbedingungen in beiden Städten und die prekäre Situation der Kommunen bei gleichzeitig immer mehr werdenden Vorgaben höherer Ebenen heraus. Laut Herrn Raschen darf sich die Haushaltsaufstellung für 2026/2027 nicht so lange hinausziehen. Hierzu teilt Herr Neuhoﬀ mit, dass die Kämmererei bereits an den Haushaltsentwürfen für 2026 und 2027 arbeitet und diese als Doppelhaushalt in dem standardmäßigen Abstand zur Verabschiedung in Bremen der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen. Nachfolgend merkt Herr Stadtverordneter Kaminiarz kritisch an, dass die von seiner Fraktion jedes Jahr angebotene Mitwirkung an der Haushaltsplanung regelmäßig abgelehnt wird.

In Bezug auf die skeptisch zu beurteilende tatsächliche Umsetzbarkeit der Gemeindefinanzordnung sagt Stadtverordneter Herr Miholic Unterstützung seiner Fraktion bei dem Einsatz für einen fairen und auskömmlichen Rahmen zur Aufstellung der Haushalte unter weniger ungleichen Voraussetzungen zu.

Zuletzt klagt Frau Stadtverordnete Tiedemann an, dass durch die jahrelange Misswirtschaft und eine übermäßige Ausgabenkultur der Koalitionsakteure zu der finanziellen Schieflage geführt haben und dass strukturelle Maßnahmen zu deren Vermeidung bereits in der Vergangenheit hätten ergriffen werden müssen.

Abschließend beendet Ausschussvorsitzender Herr Neuhoﬀ die Diskussion, bringt den Tagesordnungspunkt, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, zu einem Ende und schließt den Sitzungsteil Finanzen.

Vorsitzender

Vorsitzende

Schriftführerin

---

Neuhoﬀ  
Bürgermeister

Eulig  
Stadträtin

Mangels